



Forum Seniorenarbeit NRW

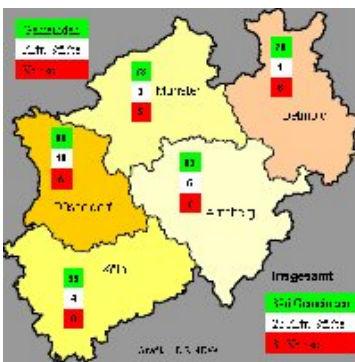
[www.forum-seniorenarbeit.de](http://www.forum-seniorenarbeit.de)

Themenschwerpunkt 6/2004

## Der demographische Wandel – Die Älteren von morgen

Verantwortlich: Bettina Ellerbrock

### NRW ergraut, Deutschland ergraut, Europa ergraut, ja die ganze Welt ergraut!



Wir leben in einer alternden Welt (U. Lehr 2002). Der Anteil der über Sechzigjährigen in unserer Bevölkerung steigt beständig an und der Anteil der unter Zwanzigjährigen nimmt im Gegensatz dazu ständig ab. Um die Jahrhundertwende lag die Lebenserwartung bei nur 45 Jahren - nur fünf Prozent der Bevölkerung waren damals über sechzig Jahre und älter! Heute sind es bereits 22 Prozent und im Jahr 2040 werden es sogar 38 Prozent sein. Das bedeutet, dass jeder dritte Einwohner älter als sechzig Jahre alt sein wird. 1970 lebten in Deutschland 265 Hundertjährige und Ältere - heute sind es bereits ca. 10000 Personen.

Unsere Gesundheitsversorgung wird immer besser und ein sechzig-jähriger Mensch hat heute im Durchschnitt noch eine Lebenserwartung von 23 Jahren. Auch in Nordrhein-Westfalen wird in wenigen Jahren jeder oder jede Vierte über 60 Jahre alt sein.

**Dieser Wandel wird unser Leben also in Zukunft stark verändern.** Dieser Themenschwerpunkt bietet in zusammengefasster Form Informationen zu Möglichkeiten der Datenrecherche für das Land NRW, einzelne Regionen und Städte. Experten äußern sich zu Zukunftsvisionen einer alternden Gesellschaft. Wie wird es sein, in Zukunft nur noch mit Gleichaltrigen (Älteren) umgeben zu sein? Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die gemeinwesen-orientierte Seniorenarbeit und die Felder der Seniorenpolitik von morgen? Wichtige Aspekte wie Migration, Frauen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer runden das Themenspektrum ab. Im Bereich neue Medien erlernen Sie mit Hilfe des "Online Workshops" statistische Daten für Ihre Stadt zu recherchieren. Alle graphischen Darstellungen wurden freundlicherweise vom Landesamt für Statistik NRW zur Verfügung gestellt.

Foto: LDS

### Inhalt dieser Ausgabe

Inhalt dieser Ausgabe .....	1
„Demographischer Wandel“ - Warum Deutschland immer älter wird .....	2
Die NRW-Bevölkerungsprognose – Eine Herausforderung für die soziale Arbeit mit Älteren .....	4
Fünf Fragen zur Gestaltung des Demographischen Wandels an Dr. Uta Renn,	

Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW e. V. ....	6
Nichts bleibt wie es ist - Der Demographische Wandel und die Frauen.....	7
Gesamtinhaltsverzeichnis .....	13
Impressum .....	14

## „Demographischer Wandel“ - Warum Deutschland immer älter wird

Wir leben in einer alternden Welt (U. Lehr 2002). Der Anteil der über Sechzigjährigen in unserer Bevölkerung steigt beständig an und der Anteil der unter Zwanzigjährigen nimmt im Gegensatz dazu ständig ab.

*Bettina Ellerbrock, Kuratorium Deutsche Altershilfe*

Um die Jahrhundertwende lag die Lebenserwartung bei nur 45 Jahren - nur fünf Prozent der Bevölkerung waren über sechzig Jahre und älter!

Heute sind es bereits 22 Prozent und im Jahr 2040 werden es sogar 38 Prozent sein. Das bedeutet, dass jeder und jede dritte EinwohnerIn älter als sechzig Jahre sein wird. 1970 lebten in Deutschland 265 Hundertjährige und Ältere - heute sind es bereits ca. 10000 Personen.



Foto: Forum Seniorenarbeit

Unsere Gesundheitsversorgung wird immer besser und ein sechzigjähriger Mensch hat heute im Durchschnitt noch eine Lebenserwartung von 23 Jahren.

### Die Veränderung im Geburtenverhalten ist die Hauptursache für die Alterung der Bevölkerung.

Seit Anfang der 70er Jahre reichen die Geburtenzahlen nicht mehr aus, die Elterngeneration zu ersetzen. Diese Entwicklung ist sowohl in West- als auch in Ostdeutschland zu beobachten. Sinkende Geburtenzahlen über längere Zeitläufe führen zwangsläufig zu einer Überalterung der Bevölkerung. Diese Alterung wird durch die weiterhin steigende Lebenserwartung verstärkt.

1970 wurden in Westdeutschland von 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren durchschnittlich 2010 Kinder geboren, in Ostdeutschland waren es 2193. Hätte diese Entwicklung sich weiter so vollzogen, wäre heute die Generation der Kinder zahlenmäßig etwa so groß wie die der Eltern. Seit 1971 sinkt die Geburtenrate jedoch kontinuierlich, die Einführung hormoneller Verhütungsmittel hat sicher zu dieser Entwicklung beigetragen. Analysen des Geburtenverhaltens deuten

darauf hin, dass auch in Zukunft nur mit geringfügigen Veränderungen im Geburtenverhalten gerechnet werden kann.

### Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt hat für Frauen einen zunehmend hohen Stellenwert.

Die Schwierigkeit (kleine) Kinder und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren und die realistische Furcht vieler Frauen, den Arbeitsplatz zu verlieren und vom Arbeitsmarkt ganz verdrängt zu werden, falls sie schwanger werden, lassen die Geburtenraten weiter sinken. Zudem sind die Möglichkeiten für Frauen zur individuellen Lebensgestaltung gestiegen. Soziale Sicherheit für Frauen ist nicht mehr zwangsläufig mit Heirat und Kindern verbunden.

Verlängerte Ausbildungszeiten zum Teil bis zum 28. bis 30. Lebensjahr und späterer Eintritt in das Erwerbsleben stehen einem Kinderwunsch ebenso entgegen. In den neuen Bundesländern ist seit dem Fall der Mauer die Geburtenrate drastisch zurückgegangen, erschwerte Bedingungen bei der Unterbringung der Kinder von berufstätigen Müttern spielt hierbei sicher eine entscheidende Rolle.

Zum anderen haben Frauen in den mittleren Altersjahren auf (weitere) Kinder verzichtet.



Die soziale Lage vieler Familien und vor allem der alleinerziehenden Frauen ist angespannt, was ebenfalls zum Verzicht auf weitere Kinder beitragen dürfte.

Foto: Forum Seniorenarbeit

### Ein weiterer Faktor, der zur Alterung der Bevölkerung beiträgt, ist die gestiegene Lebenserwartung.

Nach der allgemeinen Sterbetafel 1970/72 betrug die Lebenserwartung eines Neugeborenen in Westdeutschland bei den Männern 67,4 Jahre und bei den Frauen 73,8 Jahre. In der Sterbetafel 1991/93 wurde für die Lebenserwartung der Männer 73,1 Jahre und die der Frauen 79,5 Jahre ausgewiesen. In Ostdeutschland verlief die Entwicklung ähnlich. In 20 Jahren ist in Westdeutschland die Lebenserwartung somit um jeweils 5,7 Jahre gestiegen. Eine Differenzierung nach Deutschen und Migranten wurde nicht vorgenommen. Laut Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird für die Zukunft erwartet, dass sich die Lebenserwartung

weiter erhöht. Für Westdeutschland wird mit einer Lebenserwartung der Männer von 74,1 Jahren im Jahr 2000, 75,1 Jahren im Jahr 2010 und 75,5 Jahren im Jahr 2015 und danach gerechnet.

Die Lebenserwartung der Frauen wird 80,5 Jahre (2000), 81,4 Jahre (2010) und 81,7 Jahre (2015 und danach) betragen. Für Ostdeutschland wird mit einer etwas rascheren Erhöhung der Lebenserwartung gerechnet. Insbesondere wird eine starke Verminderung der bisher über dem westdeutschen Durchschnitt liegenden Säuglingssterblichkeit angenommen. Unter diesen Annahmen steigt die Lebenserwartung der Frauen auf 78,2 Jahre im Jahr 2000 und auf 80,4 Jahre im Jahr 2010 und die der Männer auf 72,1 Jahre (2000) bzw. 74,2 Jahre (2010). Bis zum Jahr 2040

wird eine Angleichung an westdeutsche Verhältnisse unterstellt. (Quelle: Statistisches Bundesamt)



Foto: Forum  
Seniorenarbeit

### **Die Bedeutung von Zuwanderungen für die Bundesrepublik Deutschland und die demographische Entwicklung**

1950 wurden schätzungsweise rund 9 Millionen heimatvertriebene und zuwandernde Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone aufgenommen. Bereits 1960, und verstärkt nach der Schließung der innerdeutschen Grenze 1961, erhöhte sich durch die Anwerbung von Arbeitskräften die Zuwanderung von Migrantinnen und Migranten. 1970 stieg die Zahl der Zuzüge von Migranten bis auf 980 000 im Jahr. Nach dem Anwerbestop 1973 war der Wanderungssaldo stärkeren Schwankungen unterworfen und es gab Jahre, in denen die Abwanderung die Zuwanderung überstieg. Dennoch beliefen sich die Nettozuwanderungen in den Jahren 1971 bis 1988 auf 2,3 Mill. Für den Zeitraum ab 1950 bis 1988 überstieg der Zuzug nach Westdeutschland den Fortzug um insgesamt 8,4 Millionen. (Quelle: DIW 2003)

Besonders seit der Öffnung der ost- und südosteuropäischen Staaten hat sich die Struktur der Wanderungen Deutschlands mit dem Ausland deutlich gewandelt. Insbesondere aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, aus Polen und Rumänien sind verstärkt Aussiedlerinnen und Aussiedler, also deutsch-stämmige

Personen, eingewandert; zugenommen hat ebenfalls die Zahl der Asylbewerberinnen und Bewerber aus den ost- und südosteuropäischen Ländern.

Im Zeitraum von 1989 bis 1994 sind rund 1,7 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedler im Bundesgebiet aufgenommen worden. Durch die Regelungen im Kriegsfolgenbereinigungsgesetz ist die Zahl der jährlichen Aufnahmezahl auf rund 220 000 begrenzt. Die kontinuierlich bestehenden Zuwanderungszahlen ist auf diese Regelung zurückzuführen. In letzter Zeit zeichnet sich jedoch ein Rückgang der Antragszahlen ab, so dass sich der Überhang deutlich verringert hat. Im ersten Halbjahr 1995 sind rund 95 000 Spätaussiedler im Bundesgebiet aufgenommen worden. (DIW)

Der Wanderungssaldo von Migrantinnen und Migranten fällt mit rund 2,2 Millionen deutlich höher aus. In den letzten sechs Jahren sind 5,5 Mill. Migranten ins Bundesgebiet eingewandert. Die Fortzüge waren jedoch mit gut 3,3 Mill. ebenfalls beachtlich. Die jährlichen Fortzüge lagen deutlich über denen in den achtziger Jahren. Während in den achtziger Jahren durchschnittlich jährlich 60 000 Deutsche und 450 000 Migranten aus dem Bundesgebiet ins Ausland gezogen sind, waren es in den letzten sechs Jahren durchschnittlich jährlich rund 70 000 Fortzüge deutscher und gut 580 000 Fortzüge ausländischer Personen. (DIW)

Unter den Zugezogenen nahm in den vergangenen Jahren die Zahl der Personen, die in Deutschland Asyl beantragten, eine herausragende Rolle ein. Im Jahr 1993 wurden über 320 000 Asylanträge gestellt, im Jahr 1994 122 000. Das neue Asylrecht ist hier sicherlich eine wichtige Ursache. Dennoch ist damit zu rechnen, dass die Asylbewerberzahlen weiterhin in einer ähnlichen Größenordnung liegen werden wie 1994.

Zukünftig werden sich Migrantinnen und Migranten aus drei Gruppen zusammensetzen: Spätaussiedler, Asylbewerber und übrige Migranten. Spätaussiedler werden im Rahmen der Höchstgrenze weiterhin im Bundesgebiet aufgenommen. Das Potential Ausreisewilliger und -berechtigter ist jedoch begrenzt. Es ist damit zu rechnen, dass die Zuzüge in den nächsten Jahren noch hoch bleiben, dann aber deutlich zurückgehen. Insgesamt wird mit weiteren Zuzügen in Höhe von 1,4 Mill. gerechnet. Des Weiteren wird Deutschland weiterhin politisch Verfolgten und Flüchtlingen Schutz gewähren. Die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber wird künftig vermutlich nicht mehr unter 100 000 pro Jahr sinken.

Mehr als die Hälfte der Asylbewerber dürfte aus den europäischen Staaten außerhalb der EU kommen, etwa halb so hoch werden die Zuzüge aus Asien sein und rund ein Viertel dürfte aus Afrika kommen. (Quelle: Distatis 2003)

„Eine Politik der ‚gesteuerten Zuwanderung‘ wird sich vornehmlich auf die übrigen Migranten beziehen. Hier wird unterstellt, dass jährlich zwischen 650 000 und 700 000 Migranten (ohne Asylbewerber) ins Bundesgebiet ziehen. Es wird angenommen, dass dies hauptsächlich junge Erwerbspersonen sein werden. Die Fortzüge von Migranten werden zwar unter das Niveau vom Anfang der neunziger Jahre sinken, aber dennoch beachtlich sein. Der jährliche Wanderungssaldo von Migranten wird zwischen 150 000 und 185 000 liegen (Tabelle 4). Unter diesen Annahmen belaufen sich die Zuzüge von 1995 bis 2040 insgesamt auf 38 Mill., dem stehen 29,5 Mill. Fortzüge entgegen.“ (Quelle: DIW 2003)

Trotz der durch Vorausberechnungen unterstellten zukünftigen Zuwanderung von jüngeren erwerbsfähigen Migranten wird sich durch die weiterhin niedrigen Geburtenraten das Durchschnittsalter der Bevölkerung erhöhen. „Im Jahr 1993 betrug das Durchschnittsalter 40 Jahre, im Jahr 2010 wird es auf 44 Jahre gestiegen sein, im Jahr 2030 über 48 Jahre liegen und im Jahr 2040 rund 50 Jahre betragen. Ohne Zuwanderungen würde sich die Alterung der Bevölkerung etwas schneller vollziehen. Das Durchschnittsalter läge im Jahr 2010 bei 45 Jahren und würde bis zum Jahr 2030 auf 49 Jahre steigen. Im Jahr 2040 läge das Durchschnittsalter bei etwas über 50 Jahren.“ (Quelle: DIW 2003)

### Ausblick

Da die bundesdeutsche Ausländerpolitik eher auf Integration ausgerichtet ist, wird die Aufenthaltsdauer bzw. der ständige Verbleib der ausländischen Bevölkerung zunehmen. Obwohl die Zahl der fortziehenden Migrantinnen und Migranten relativ hoch ist, altert auch die migrantische Bevölkerung. Das Durchschnittsalter der ausländischen Einwohner betrug im Jahr 1993 knapp 31 Jahre, es wird im Jahr 2010 auf über 36 Jahre gestiegen sein und im Jahr 2040 47,6 Jahre betragen. Selbst wenn die Geburtenraten der Migranten hoch bleiben würden, dürften die Geburtenzahlen in Deutschland insgesamt nicht ausreichen, die Elterngeneration zu ersetzen. Damit würden auch hohe Geburtenraten der Migranten die Alterung der Bevölkerung vermutlich nicht verhindern. Das Deutsche Wirtschaftsinstitut schätzt, dass Deutschland ab dem Jahr 2020

jährlich eine Million Zuwanderer braucht, um den Bestand an Arbeitskräften zu erhalten. Andere europäische Länder und auch Japan stehen vor der gleichen Situation.

Alle genannten statistischen Institute finden Sie auf der [Linkliste zum Demographischen Wandel](#)

## Die NRW-Bevölkerungsprognose – Eine Herausforderung für die soziale Arbeit mit Älteren

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen stellt fest: Ab 2007 wird die Einwohnerzahl in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich sinken.

*Bettina Ellerbrock, Kuratorium Deutsche Altershilfe, Landesamt für Statistik NRW*

### Drei Jahre wird die Bevölkerungszahl in NRW noch wachsen, dann wird das Land

"älter". Vor allem in den Städten wird der Anteil von alten Menschen und ZuwanderInnen aus dem Ausland deutlich wachsen.



So lautet das Ergebnis der Bevölkerungsprognose, die das Landesamt für Statistik im Auftrag der Landesregierung erstellt hat.

Grafik: Land NRW

Dieses Ergebnis soll die Grundlage für die Landespolitik der nächsten Jahre sein. Die Zahl der EinwohnerInnen in NRW ist in den vergangenen Jahren um 3,1 Prozent von 17,5 Millionen (1992) auf 18,05 Millionen (2002) gestiegen. Bis 2007, so wird prognostiziert, soll die Zahl auf 18,08 Millionen steigen. Ca. 30 Jahre später, im Jahr 2040 sollen nur noch ca. 16 Millionen Menschen an Rhein und Ruhr leben.

Im Hinblick auf die **Altersentwicklung in NRW** werden im Jahre 2015 ca. 30 Prozent der Bevölkerung zwischen 45 und 64 Jahre alt sein. Rund 18 Prozent werden zu den über 65-Jährigen gehören. Der Anteil der Hochaltrigen, 80 Jahre und älter, wird rund 5 Prozent betragen. Die Altersgruppe der 0 bis 44-Jährigen wird sich weiter verringern: von rund 57 Prozent im Jahre 1999 auf 52 Prozent. (Prognosen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2000)

Die geringe Zahl der Geburten und der hohe Anteil alter Menschen werden hierfür als Gründe benannt. Allerdings weist diese Entwicklung große Unterschiede in den einzelnen Regionen auf. Auch weiterhin setzt sich die Tendenz zur Abwanderung der Menschen aus den Großstädten in die Rand- und ländlichen Gebiete fort. Betroffen sind vor allem Städte wie Essen, Gelsenkirchen und Duisburg. Den höchsten Rückgang hat laut Prognose Hagen mit minus 16,3 Prozent und Wuppertal mit minus 13,2 Prozent zu befürchten. Sie sollen bis zum Jahr 2020 mehr als 10 Prozent ihrer EinwohnerInnen verlieren. In Köln, mit minus 2,5 Prozent und Düsseldorf mit minus 5,3 Prozent, ist die Lage nicht ganz so dramatisch. Bonn könnte sogar mit einem Zuwachs von 3,3 Prozent rechnen. Eher ländliche Gebiete wie der Rhein-Sieg-Kreis zählen mit einem voraussichtlichen Zuwachs von 12,5 Prozent zu den GewinnerInnen.

### **Besondere Zielgruppen:**

#### **Frauen**

Von den 18 Millionen Menschen in NRW sind über 9,2 Millionen Frauen. Dies sind 51,4 Prozent der gesamten Bevölkerung. Aufgrund der Häufung von Benachteiligungen während früherer Lebensphasen sollten sie zukünftig eine besondere Berücksichtigung finden, da sich die ökonomische Schlechterstellung älterer Frauen auch zukünftig fortschreiben wird.

#### **Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund**

werden in NRW voraussichtlich die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe sein. Ihre Zahl ist deutlich größer als die in der Statistik aufgeführten älteren ausländischen Staatsangehörigen. Problematisch wird es aber vor allem im Ruhrgebiet, laut Vorhersage werden die ZuwanderInnen fast nur noch aus dem Ausland kommen.

Seit 1997 ist die Anzahl der ausländischen Seniorinnen und Senioren um knapp 10 000 auf rund 83 000 im Jahr 1999 gestiegen. Neben diesen statistisch erfassten Migrantinnen und Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit leben in NRW ca. 90 000 Ausiedlerinnen und Aussiedler, die 60 Jahre und älter sind. Künftig wird der Anteil ausländischer Staatsangehöriger - also ohne Spätaussiedler - von 11 Prozent in 1995 auf rund 14 Prozent im Jahr 2020 ansteigen. Die Anzahl der über 60-Jährigen ausländischen Staatsangehörigen wird sich in NRW bis zum Jahr 2020 verdoppeln.

### **Zu dieser Gruppe zählen:**

- Arbeitsmigrantinnen und -migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft,
- Flüchtlinge und Asylberechtigte,
- Bürgerinnen und Bürger aus der Europäischen Union sowie aus anderen Ländern,
- eingebürgerte ältere Staatsangehörige ausländischer Herkunft und Seniorinnen und Senioren mit doppelter Staatsbürgerschaft, die statistisch in die Gruppe der Deutschen einbezogen werden.

### **Gleichgeschlechtliche Lebensformen**

Für Lesben und Schwule unter den Älteren sind bereits in NRW einige Netzwerke entstanden. Die "Golden Girls" und "Gay and Grey" seien hier beispielhaft genannt. Eine angemessene Beteiligung an Angeboten in der Seniorenarbeit sollte diese Zielgruppe daher auch in Zukunft erfahren.

### **Neue Formen der sozialen Arbeit mit Älteren**

sind also die Herausforderung der sozialen Arbeit mit Seniorinnen und Senioren in der Zukunft. Ein verändertes Selbstverständnis sowie die Entwicklung neuer Verantwortungsrollen Älterer in der Gesellschaft stellt neue qualitative Anforderungen an die Inhalte und Strukturen der sozialen Arbeit mit Seniorinnen und Senioren.

Wer in den 60ziger Jahren mit Beat und Rock 'n Roll und Protestbewegung jung war, ist heute 50 Plus. Das Selbstbild dieser Generation und die gesellschaftlich noch dominierenden negativen Altersbilder sind unvereinbar. Es liegt nahe, dass sich künftig die schon jetzt spürbare Differenz zwischen Angebot und Nachfrage weiter vertiefen wird, wenn es nicht sogar zu einer Neudefinition der sozialen und politischen Arbeit mit Älteren kommt.

Viele Bereiche der Seniorenpolitik und der sozialen Arbeit mit Älteren können durch die Einbeziehung der vorhandenen Kompetenzen und die Selbst- und Mitverantwortlichkeit der Älteren Einfluss auf z.B. die Strukturen des bürgerschaftlichem Engagements gewinnen.

### **Die Rahmenbedingungen**

für die Weiterentwicklung der sozialen Arbeit mit Älteren sind den modernen Anforderungen entsprechend weiter auszugestalten.

Dies bedeutet konkret:

- **Soziale Ausgewogenheit**  
Die Mehrzahl der älteren Menschen sind heute gut versorgt. Gleichzeitig muss aber das zunehmende Gefälle

unter den Älteren in Bezug auf verfügbare Mittel wahrgenommen und aufgefangen werden. Dies betrifft besonders alleinlebende Frauen.

- **Geschlechtergerechte Ausrichtung**  
Eine geschlechtergerechte Ausrichtung im Sinne des Gender Mainstreaming sollte handlungsleitend sein. Es gilt, die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Interessenslagen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen.
- **Vernetzung sozialer Dienstleistungen**

Spezielle Dienstleistungen für ältere Menschen sind vielfältig und in ihrer Angebotsstruktur bisher oft zu unübersichtlich. Das Nebeneinander von Angebotsstrukturen und Trägern macht es den Älteren unnötig schwer, ihren Bedarf schnell und zielgerichtet zu befriedigen. Daher wäre eine Vernetzung von Organisationsstrukturen und Leistungsangeboten sinnvoll. In diesem Rahmen sind bereits einige Modelle und Praxisansätze entwickelt worden, zB "Leitstelle älter werden". Bisher existieren jedoch für die Älteren nur ungünstige Komm-Strukturen. Daher ist eine weitere Veränderung in Richtung einer zugehenden Struktur wirkungsvoller.

- **Handlungsfelder der Kommunen**

- Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation
- Einbindung älterer Menschen in die örtlichen und regionalen Entscheidungsprozesse
- Mitwirkung an der Vernetzung und Koordination von Angeboten der Seniorenarbeit
- Berücksichtigung spezifischer Bedürfnisse älterer MigrantInnen
- Förderung von Netzwerken älterer Menschen
- Schaffung nachberuflicher Tätigkeitsfelder und angemessener Weiterbildungsangebote mit hohem Selbstbestimmungsanteil
- Weiterentwicklung und Vernetzung öffentlicher Einrichtungen (Schwimmbäder, Bibliotheken, Museen, etc.) für die Bedürfnisse älterer Menschen

Es stellt sich also die Frage, wie dem Prozess der Überalterung unserer Gesellschaft sinnvoll entgegengewirkt werden kann. Zwei Szenarien bieten sich an: mehr Kinder oder mehr ZuwanderInnen. Beides ist aber wohl "auf die Schnelle" nicht zu verwirklichen und wird auch den Prozess zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr stoppen. Es wird also in Zukunft in ers-

ter Linie davon abhängen, wie diesen sozialpolitischen Herausforderungen in Zukunft begegnet wird. Betroffen und gefragt sind wir alle - die Verantwortlichen der Politik, die Beschäftigten in der Seniorenarbeit, die heute älteren Bürgerinnen und Bürger, die ihr Alter planen und die Jüngeren, die zukünftig in einer Gesellschaft von Älteren leben werden.

## **Fünf Fragen zur Gestaltung des Demographischen Wandels an Dr. Uta Renn, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW e. V.**

*Interview Bettina Ellerbrock, Kuratorium Deutsche Altershilfe*

**Forum Seniorenarbeit (FS):** Wie bewerten Sie die derzeitigen Formen des gesellschaftlichen Miteinanders der Generationen in den Lebensbereichen „soziale Beziehungen“, „Wohnen“, und „Arbeit“?

**Dr. Renn:** Wir erleben ja seit einiger Zeit, dass von einem Generationenkonflikt innerhalb der Gesellschaft oder sogar von einem „Krieg der Generationen“ die Rede ist. In der Landesseniorenvertretung halten wir diese Bewertung der Generationenbeziehungen für schlichtweg falsch. Wir haben im vergangenen Jahr aus aktuellem Anlass, ich nenne hier nur den Namen „Missfelder“, zum Thema Generationen ein Positionspapier mit dem Titel „Generationengerechtigkeit“ diskutiert und verabschiedet; Sie können es auf unserer Homepage abrufen.

Das Gegensatzpaar „alt und jung“ muss derzeit, medial aufgepuscht auch durch Publikationen, wie z. B. „Der Methusalem-komplex“, für manches unangemessen erhalten. Also z. B., dass die Probleme unserer sozialen Sicherungssysteme ursächlich dem Anwachsen der älteren Bevölkerung angelastet werden.

Zudem sind wir der Auffassung, dass – wie immer - unreflektierte Behauptungen den Blick für die wesentlichen Probleme in der Gesellschaft verstellen, denn es geht sehr viel weniger um „alt und jung“, als vielmehr um Verteilungskämpfe auf verschiedenen Ebenen. „Alt und jung“ spielt dabei in keinem Fall die Rolle. Vergessen wird ja oft auch, dass wir im Verlauf des letzten Jahrhunderts bereits einen riesigen demographischen Wandel hinter uns haben.

**FS:** Welche neuen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Solidarität der Generationen können Sie sich für die Zukunft vorstellen?

Eine Solidarität der Generationen sehen wir in Zukunft nicht grundsätzlich gefährdet. Aber wir sehen schon, dass es, z. B. aufgrund einer weiter zunehmenden und wünschenswerten Erwerbsorientierung von Frauen, nicht mehr so viele ehrenamtliche Pflegenden geben wird. Dies ist aber weniger eine Frage des demographischen Wandels als eine der Erwerbsgesellschaft und der wünschenswerten und notwendigen Emanzipation der Frauen darin.

Die Formen des Zusammenlebens werden sich mit den Menschen, die morgen alt sein werden, verändern oder auch nicht. Wenn wir sehen, wie lange sich gesellschaftlich tradierte Formen des Zusammenlebens halten, können wir eine Vorstellung darüber bekommen, wie lange es dauern wird, bis sich Formen des Zusammenlebens umfänglich ändern und nicht nur für bestimmte Gruppen, z. B. in großstädtischen Räumen. Nach wie vor existiert in unserer Gesellschaft eine starke Orientierung an familiären Formen des Zusammenlebens. Obwohl sie häufig scheitern (Scheidungsrate), haben sie als Orientierung Bestand (Wiederverheiraturaten). Wichtig ist aber festzuhalten, dass Partizipation eine zunehmende Rolle im Zusammenleben spielt, weil es für jüngere Menschen selbstverständlicher ist. Teilhabe ist also etwas, dass für die künftigen alten Menschen vielmehr eine selbstverständliche Forderung sein wird, als z. B. für viele Menschen meiner Generation.

Übrigens geht es in unserem Projekt „Alten-gerechte Stadt“ um die Gestaltung der Städte in der Zukunft und dazu gehören unabdingbar Überlegungen zum gesellschaftlichen Zusammenleben. Mit dem Projekt soll ja auch ein Beitrag zur Konkretisierung der Vorstellungen über eine Gesellschaft mit vielen alten und wenigen jungen Menschen erzielt werden. Im nächsten Jahr können wir über Ergebnisse dazu sprechen.

**FS:** Wie könnten sich diese neuen Formen umsetzen oder gestalten lassen?

Das Schlüsselwort dazu habe ich schon genannt: „Partizipation“ - also Teilhabe - wird eine bedeutendere Rolle spielen. Und zwar in vielen Bereichen. Dies ist eigentlich eine konsequente Folge der Forderungen nach mehr Selbstverantwortung. Wer dies will, der muss parallel dazu auch mehr Teilhabe aushalten. Ein Beispiel dazu: Wenn auf der einen Seite von älteren Menschen Engagement erwartet wird, dann muss andererseits auch Mitgestaltung, zum Beispiel an kommunal-politischen Prozessen, die ja den Rahmen für das Engagement darstellen, möglich sein. Dies muss gesellschaftlich umfassend erkannt werden.

Insbesondere von denen, die gegenüber älteren Menschen noch immer fürsorgende Konzepte im Kopf haben.

**FS:** Wie könnte die (Senioren-) Politik diesen Prozess aus Ihrer Sicht unterstützen?

Da es, wie gesagt, um mehr Teilhabe gehen wird, muss sich die Politik darauf einstellen. In unserem Land erleben wir diesen Wechsel schon seit geraumer Zeit. Und ich muss sagen, da ist die Seniorenpolitik in Nordrhein-Westfalen weit vorn. Als Interessenvertretung älterer Menschen erleben wir z. B. eine zunehmende Teilhabe an den Gestaltungsprozessen der Seniorenpolitik auf der Landesebene. Dies finden Sie in nur wenigen anderen Bundesländern in vergleichbarer Stärke. In den Kommunen wachsen Wille und Tat älterer Menschen zu mehr Teilhabe an. Wir erleben dies bei der Zunahme der örtlichen Seniorenvertretungen, aber da kommen Kommunen nicht in gleichem Maße mit, hier fehlt noch einiges an Einsichten und Taten.

**FS:** Wird sich in Zukunft angesichts der demographischen Entwicklung eine erhöhte Bereitschaft zur Selbsthilfe und zu sozialem Engagement entwickeln?

Das ist derzeit nicht wirklich absehbar und hat mehr damit zu tun, wie Menschen grundsätzlich leben und weniger mit dem demographischen Wandel. Wenn junge Menschen sich heute engagieren, ist es wahrscheinlich, dass sie dies auch in Zukunft tun, aber sicher ist es nicht. Es kommt selbstverständlich auch auf die Unterstützung bzw. Ermöglichung des Engagements an. Zudem ist es eine Frage des Lernens und Erfahrens, damit meine ich, wenn Engagement gesellschaftlich anerkannt ist und von vielen selbstverständlich geleistet wird, dann hat dies Wirkungen.

In unserem Projekt „Altengerechte Stadt“ werden Wohnungsgesellschaften, Kommunen und Seniorenvertretungen zu ihren Einschätzungen auch zu diesem Thema befragt. Wir sind auf die Ergebnisse dazu im nächsten Jahr gespannt.

## **Nichts bleibt wie es ist - Der Demographische Wandel und die Frauen**

Das Thema der „Demographie“ bzw. des „Demographischen Wandels“ ist seit einiger Zeit aus den Zirkeln der Expertendiskussionen herausgetreten und zu einem öffentlich breit diskutierten Thema geworden

Dr. Ute Klammer, Hans-Böckler-Stiftung

## 1. Themenaufriß

Wurde die demographische Entwicklung, die auf uns zukommt, über viele Jahre in der öffentlichen Diskussion verharmlost, oder mehr noch: ignoriert, so ist dies inzwischen vielfach geradezu in eine Dramatisierung des Themas umgeschlagen. Diese Diskussion über die „demographische Zeitbombe“ etc. ist nicht frei von einer Instrumentalisierung – eignet sie sich doch in besonderem Maße zur Rechtfertigung sozialer Kürzungen u.Ä. Ich möchte an dieser Stelle zur Versachlichung der Diskussion durch Fakten beitragen, aber auch qualitative Überlegungen zu dem anstellen, was uns tatsächlich erwartet und wie wir es gestalten können – und zwar insbesondere aus der Perspektive der Frauen. Hierzu werde ich vorab einige Daten präsentieren, an die ich einige qualitative Überlegungen anschließen möchte zur der Vielfalt der Themen, über die wir im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung nachdenken müssen. Besonders möchte ich mich auf den Schwerpunkt der Arbeit konzentrieren, wobei ich mich sowohl mit der Erwerbsarbeit von Frauen als auch mit unterschiedlichen Fragen von Nichterwerbsarbeit und damit von Work-Life-Balance beschäftigen werde.

Den Abschluss werden einige politische Schlussfolgerungen bilden, die wir sicher im weiteren Verlauf der Veranstaltung noch ausgiebiger diskutieren können.

## 2. Daten und Fakten zum demographischen Wandel

Allein über die verschiedenen Prognosen zum demographischen Wandel und die Plausibilität ihrer (unterschiedlichen) Annahmen könnte man gut ein Referat halten. An dieser Stelle mögen uns aber einige Eckdaten aus der aktuellsten, nämlich der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, die im Sommer 2003 vorgestellt wurde, genügen.

Insgesamt hat das Statistische Bundesamt 9 Varianten der Bevölkerungsentwicklung gerechnet, wobei ich mich aus Zeitgründen auf eine mittlere Variante beschränke. (Wichtig: Dies sind keine „Prognosen“, sondern Vorausberechnungen, die von bestimmten Annahmen bzgl. der Entwicklung der Geburten, der Sterbefälle, der Lebenserwartung, der Migration etc. ausgehen.)

- Der Kern der Ergebnisse: wir werden im Jahr 2050 in Deutschland weniger Menschen sein und wir werden älter.

- Nach der „mittleren“ Variante der Vorausberechnung wird die Einwohnerzahl in Deutschland von zur Zeit 82,5 Millionen Einwohnern bis 2050 auf gut 75 Millionen zurückgehen (Rückgang beginnt ca. 2013)
- Grund: wie schon in den letzten 30 Jahren werden in den nächsten fünf Jahrzehnten stets mehr Menschen sterben als Kinder zur Welt kommen.
- Annahmen: Die Geburtenhäufigkeit wird weiterhin beim heutigen Stand von 1,4 Kindern pro Frau bleiben (zur Bestandserhaltung wären statistisch 2,1 Kinder pro Frau vonnöten); die Lebenserwartung wird weiter ansteigen (Lebenserwartung bei der Geburt 2050: 81,1 Jahre für Jungen, 86,6 Jahre für Mädchen), das sind rund 6 Jahre mehr als heute (Erwartungen wurden gegenüber der 9. koordinierten Vorausberechnung erhöht). es kommt zu einem jährlichen positiven Wanderungssaldo (=Einwanderung) von 200.000 Personen (Alternativrechnungen: 100.000 und 300.000. Für die Vergangenheit war 100.000-200.000 realistisch, doch könnte es angesichts der Entwicklungen innerhalb und außerhalb der EU auch zu einem Anstieg kommen). Fazit: die Zuwanderung kann den Bevölkerungsrückgang dämpfen, aber nicht ausgleichen (zudem werden auch die Zuwanderer älter!)
- Das heißt: die Zahl der unter 20-Jährigen wird von aktuell 17 Millionen (21%) auf 12 Millionen (16%) zurückgehen, während der Anteil der über 60-Jährigen von 28% auf 37% steigt. 12% der Bevölkerung werden in 2050 80 Jahre oder älter sein (heute: 4%). Also: 2050 wird mehr als jede/r Dritte 60 und älter sein! Betrachtet man den sog. Altenquotient: stehen heute 44 Menschen über 60 Jahre 100 Menschen im Erwerbsalter (20-59) gegenüber, 2050 werden es 78 sein. Setzt man die Altersgrenze bei 65, werden sinkt dieser Wert allerdings deutlich ab, er liegt dann bei 55 (bei 67: 47).
- Die Altersstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird über längere Zeit von der älteren Generation der 50-64jährigen dominiert. Um 2020 werden fast 40% der potenziellen Erwerbsbevölkerung in diesem Alter sein. Die „kritische Beschleunigung“ der Alterung beginnt schon bald: sie findet zwischen

2010 und 2030 statt. (Schon heute ist aber mehr als die Hälfte der Bevölkerung 40 Jahre und älter).

Zu diesem Wandel der Bevölkerungsstruktur müsste man unter dem Stichwort „demographischer Wandel“ noch ganz andere Themen diskutieren, wie z.B. den Wandel der Familien- und Lebensformen (z.B. Veränderungen des Heirats- und Scheidungsverhaltens, Zunahme von Alleinerziehendenhaushalten etc.). Dies spare ich hier jedoch aus Zeitgründen aus und will mich nun mit der Frage beschäftigen, was die aufgezeigten demographischen Trends für die Entwicklung unserer Gesellschaft bedeuten.

### **3. Andeutung der Breite des Feldes (qualitativ)**

Die Frage, ob die skizzierten quantitativen Entwicklungen als „dramatisch“ einzuschätzen sind, ist natürlich im wesentlichen eine normative. In der öffentlichen Diskussion überwiegt zur Zeit zweifellos diese Blickweise. Im Mittelpunkt steht dabei zumeist die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme, die, so die dominierende These, durch die „unnatürliche Umkehrung“ der „Bevölkerungspyramide“ nachhaltig gefährdet sei.

Dass die gegenwärtige Finanzierung unseres Sozialleistungssystems mit ihrer einseitigen Belastung des Faktors Arbeit in zusätzliche Schwierigkeiten kommt, wenn immer weniger Erwerbstätige immer mehr Menschen außerhalb des Erwerbslebens finanzieren müssen, ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings ist gerade diese Debatte sehr verkürzt. Für die momentane Ausgabenentwicklung im Bereich der sozialen Sicherung spielt die Alterung der Bevölkerung BISLANG nämlich kaum eine Rolle. Im Gesundheitssystem ist es z.B. der technische Fortschritt und neue Behandlungsmethoden, im Bereich der Arbeitslosen- und Rentenversicherung sind es die Arbeitslosigkeit und die finanziellen Kraftanstrengungen der deutschen Wiedervereinigung, die in besonderem Maße zu Finanzierungsproblemen geführt haben. Und selbst langfristig sagt die bloße Veränderung des zahlenmäßigen Verhältnisses von älteren und jüngeren Menschen noch nicht allzu viel über die Finanzierbarkeit der Sozialleistungssysteme aus.

So werden die Rentenfinanzen vor allem von der tatsächlichen Entwicklung des Verhältnisses von Rentenbeziehern und Beitragszahlern wie auch von der Entwicklung des Verhältnisses von Rentenhöhe und Erwerbseinkommen bzw. sonstigen Finanzierungsquellen bestimmt. Wenn es z.B. gelingt, das faktische Renteneintrittsalter deutlich zu erhöhen, die

Arbeitslosigkeit abzubauen, den Kreis der Versicherten auszudehnen, Migranten und vor allem Frauen vermehrt und besser ins Erwerbsleben zu integrieren etc., wird dies den drohenden Finanzierungsproblemen einiges an Schärfe nehmen (s. auch die je nach Altersgrenze unterschiedlichen Altersquotienten!). Eine Versachlichung der Diskussion scheint hier vonnöten, damit die demographische Entwicklung nicht – wie es zur Zeit häufig zu beobachten ist – als Schreckgespenst und als Vorwand für allerlei Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherung missbraucht wird.

**Dennoch:** Unser Leben, das Leben in Deutschland, wird sich durch den absehbaren Wandel erheblich verändern. Wir werden eine andere Gesellschaft haben, und viele Dimensionen dieses Wandels sind uns heute wohl noch gar nicht bewusst. Hier nur einige wenige Fragen und Aspekte ( - die nicht nur Frauen betreffen).

- Wie wird es sein, in einer Gesellschaft zu leben, in der wir vor allem mit älteren Menschen (uns selbst) umgeben sind?
- Wie werden Kinder in einer Gesellschaft leben und aufwachsen, die von älteren Menschen dominiert wird?
- Wie wird das Zusammenleben in einer Gesellschaft aussehen, in der der Anteil ausländischer Migranten und Migrantinnen noch deutlich höher als heute (9%) liegt?
- Wie werden sich die familiären Beziehungen verändern, wie werden sich die Möglichkeiten und die Bereitschaft zur Übernahme von intergenerationaler Fürsorge, z.B. zur privaten Pflege von Angehörigen verändern?
- Werden sich neue Spaltungen zwischen Eltern und der steigenden Zahl der Kinderlosen entwickeln, oder wird es gelingen, hier den sozialen Ausgleich (erneut) zu verstärken? Welchen Einfluss wird das hohe Stimmgewicht Älterer auf das politische System und die politische „Reformfreudigkeit“ haben (Stichwort: Median-Wähler)?
- Welchen Einfluss werden die „alternden Belegschaften“ für die Unternehmen und die Wirtschaft haben?
- Werden sie die Innovationsfähigkeit, den Unternehmergeist und schließlich auch das Wirtschaftswachstum zusätzlich hemmen?

- Wie müssen sich das Arbeitsleben und die Rahmenbedingungen ändern, damit ältere Erwerbstätige tatsächlich länger im Erwerbsleben bleiben können? (Stichworte: Barcelona/Lissabon Zielvorgaben; Finanzierung des Rentensystems)
- Wie werden sich unsere Lebensräume ändern, wenn die Bevölkerung schrumpft? Kommt es dazu, dass bestimmte ländliche Gebiete menschenleer werden oder nur noch wenige Ältere hier leben? Was bedeutet dies für die soziale Infrastruktur, für Schulen und Kindergärten, die heute benötigt aber vielleicht schon bald nicht mehr gebraucht werden, was bedeutet dies für soziale Dienstleistungen, Vereinsleben, Verkehrsinfrastruktur usw.

### Und vor allem:

Wird die demographische Entwicklung zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führen und werden sich hierdurch auch die Erwerbschancen von Frauen verbessern? Dürfen wir darauf hoffen, dass sich hierdurch – „quasi automatisch“ – auch Chancen für eine „geschlechtergerechte“ Verteilung von Arbeit, Zeit und Geld ergeben? Diesen letztgenannten Fragen will ich im Folgenden vertieft nachgehen.

### 4. Demographischer Wandel und Arbeit – Frauenperspektive

#### a) Allgemeine Konsequenzen für den Arbeitsmarkt

An die demographische Entwicklung knüpft sich – bei allen damit verbundenen „Problemen“ und Fragen – vielfach die Hoffnung, dass sich hierdurch zumindest das Problem der Arbeitslosigkeit gleichsam „automatisch“ lösen würde. Damit verbunden ist aus frauenpolitischer Sicht die Hoffnung, dass Frauen endlich bessere Erwerbschancen bekommen werden. Wie die inzwischen umfangreiche Forschungsliteratur zu diesem Thema deutlich macht, muss dieser Optimismus jedoch gedämpft werden (s. z.B. Buck/Kistler/Mendius 2002). Zwar wird es langfristig wohl zu einer gewissen Entlastung des Arbeitsmarktes kommen. Allerdings darf die demographische Entwicklung hier nicht einfach „hochgerechnet“ werden, da zum einen damit gerechnet werden muss, dass die Arbeitsnachfrage durch weitere Rationalisierungen weiter zurückgehen wird, während gleichzeitig davon auszugehen ist, dass bei bestimmten Gruppen der Bevölkerung im Erwerbsalter (z.B. älteren Erwerbsfähigen und Frauen in der stillen Reserve) das Arbeits-

angebot – nolens volens – ansteigen wird. So geht auch von der EU durch die entsprechenden Vorgaben im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie (Lissabon- und Barcelona-Zielvorgaben) Druck aus, das faktische Renteneintrittsalter sowie die Erwerbsbeteiligung von Älteren und von Frauen deutlich anzuheben. Prognosen zufolge wird auch für das Jahr 2040 bei optimistischen Annahmen noch mit 1,5 Millionen Arbeitslosen gerechnet. Pessimistische Prognosen errechnen sogar 3,5 bis 4 Millionen Arbeitslose! (Arbeitslosenquoten je nach Prognose ca. 5 – 12%!) Der inzwischen viel beschworene „Fachkräftemangel“ wird demnach wohl nur in einzelnen Branchen und Bereichen auftreten, während kaum damit zu rechnen ist, dass sich z.B. für Niedrigqualifizierte die Arbeitsmarktchancen nachhaltig verbessern werden.

Statt dessen haben wir es zunächst (verstärkt etwa ab dem Jahr 2015) vor allem mit dem Phänomen „alternder Belegschaften“ zu tun (s.o.: um 2020 werden rund 40% der Bevölkerung im Erwerbsalter 50 und älter sein). Dies stellt ganz neue Anforderungen an die Arbeitsorganisation, die bisher – entgegen des demographischen Trends – paradoxerweise eher zu einer „Verjüngung“ der Belegschaften geführt hat. Zukünftig wird es stark darum gehen müssen, das in aller Munde geführte Konzept des „lebenslangen Lernens“ mit Inhalt zu erfüllen. Bisher bestehen gerade bei der Weiterbildung von Älteren (und Niedrigqualifizierten), aber auch von Frauen in Deutschland große Lücken. So war zur Jahrtausendwende nach Daten von Eurostat die Weiterbildungsbeteiligung der über 55jährigen Erwerbstätigen in Dänemark 9mal (!) höher als in Deutschland, wo sie deutlich unter dem EU-Durchschnitt lag. (Lt. Daten des IAB praktizieren zur Zeit nur 11-12% aller Betriebe Weiterbildungsmaßnahmen für ältere Beschäftigte!). Hier müssen nicht nur neue, berufsbegleitende Weiterbildungsmodulare (mit gemischter Finanzierung, z.B. über Weiterbildungskonten) entwickelt werden, sondern auch der innerbetriebliche Wissensaustausch ist zu forcieren, z.B. durch altersgemischte Arbeitsgruppen. Für Arbeitsplätze „mit begrenzter Tätigkeitsdauer“ (Arbeitsplätze, „auf denen man nicht alt werden kann“), gilt es, Rotationsmodelle, „zweite Karrierewege“ etc. zu entwickeln. Allerdings muss vor allem eine Tatsache ins allgemeine Bewusstsein vordringen: Hier kann es nicht nur um die „Weiterbildung älterer Mitarbeiter/innen“ gehen, sondern es geht um eine auf Nachhaltigkeit angelegte Arbeitspolitik, die schon bei der Ausbildung und Weiterbildung, bei der Erwerbstätigkeit und bei der präventiv orientierten Gesundheitsför-

derung junger Menschen beginnen muss. Kurz: Es geht um eine lebenslaufbezogene Politik der Beschäftigungsförderung alternder Belegschaften.

### *b) Chancen und Risiken für die Erwerbsarbeit von Frauen*

Wo liegen nun die Chancen und Risiken des geschilderten demographischen Wandels für die Erwerbsarbeit von Frauen? Bisher ist der Blick in die Statistiken ernüchternd. Zwar sind Frauen inzwischen in Deutschland (anders als in den meisten anderen EU-Ländern) nicht mehr stärker als Männer von offiziell gemessener Arbeitslosigkeit betroffen, aber ihre Erwerbsquoten liegen, ungeachtet hoher Bildungsabschlüsse, immer noch deutlich unter denen der Männer (und knapp unter der EU-Zielmarke von 60%). Selbst vollzeitbeschäftigte Frauen verdienen im Schnitt noch 30% weniger als die Männer. Noch deutlicher fallen die Differenzen ins Auge, wenn man sich die Lebens-Erwerbsbilanz ansieht. Nach unseren eigenen Auswertungen der Untersuchung AVID gleichen sich die Erwerbsbiographien von Männern und Frauen zwar an, doch werden den Frauen der Geburtsjahrgänge 1951-1955 (heute ca. 48-53 Jahre) am Ende deutschlandweit immer noch 7, im Westen sogar 9 Erwerbsjahre gegenüber den Männern fehlen. Über den Lebensverlauf werden Frauen der Jahrgänge 1936-55 (heute ca. 48-68 Jahre) nur 43% des Männereinkommens erworben haben (und Frauen mit mehreren Kindern noch weniger). Frauen tragen zudem besondere Risiken der Flexibilisierung, und zwar auch länger über ihren Lebenslauf (Stichwort: Unterlaufen der Elternzeitregelungen durch Befristung). Zwar werden sich im demographischen Wandel (auch unterstützt durch die Vorgaben der EU zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote) die Chancen für gut qualifizierte Frauen erhöhen. Günstig werden die Jobchancen vor allem in den primären und sekundären Dienstleistungen, in Forschung und Entwicklung und in Tätigkeiten der Disposition und Entscheidungsvorbereitung eingeschätzt. In Bezug auf die Chancen Niedrigqualifizierter, wie auch in Bezug auf die durch Ehegattensplitting und abgeleitete Sozialleistungen künstlich niedrig gehaltenen Erwerbsanreize verheirateter Frauen sind allerdings kaum Veränderungen zu erkennen. Daher ist es weiterhin eine zentrale Aufgabe, junge Frauen für qualifizierte, zukunftsorientierte Berufe zu gewinnen. Eine Voraussetzung dafür, die Chancen von Frauen auf durchgängige Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel zu verbessern, wäre eine bessere Beteiligung an Weiterbildung (die bisher, wie erwähnt, deut-

lich niedriger als die von Männern liegt). Dafür müssten Weiterbildungsangebote stärker auf die diskontinuierlichen Erwerbsbiographien von Frauen ausgerichtet werden (Stichworte: mehr Angebote für Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte, Weiterbildung während der Elternzeit).

### *c) Work-Life-Balance I: Erwerbsarbeit und Kindererziehung*

Doch für Frauen wird es weiterhin auch darum gehen, das Leben als Ganzes und damit die Verbindung von Erwerbs- und Sorgearbeit in den Blick zu nehmen. Sorgen um die Finanzierung der Sozialleistungssysteme vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung haben in den letzten Jahren zu einer erstaunlichen verbalen Aufwertung von Kindererziehenden geführt. Diese Sicht hat sich auch in einer materiellen Besserstellung z.B. durch mehrfache Erhöhung des Kindergeldes/der Kinderfreibeträge oder in dem bemerkenswerten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Entlastung Kindererziehender in der Pflegeversicherung („Pflegeurteil“) niedergeschlagen (ein Urteil, dessen Auswirkungen auf die anderen Sicherungssysteme noch gar nicht abschließend einzuschätzen ist).

Wo allerdings gehofft wird, dass diese materiellen Besserstellungen zu einem Ansteigen der Geburtenrate führen werden, dürfte die Enttäuschung vorprogrammiert sein. Sehen wir einmal ab von dem erstaunlichen Phänomen, dass der Rückgang der Fertilität in Deutschland erstaunlicherweise fast ausschließlich auf einen „Gebärstreik“ der Frauen zurückgeführt wird (anscheinend haben Männer mit der Familienplanung und Zeugung heute gar nichts mehr zu tun): Die Probleme, die vor allem gut qualifizierte Frauen dazu bewegen, auf Kinder zu verzichten, liegen nach wie vor darin, dass in Deutschland die Entscheidung für Kinder mit erheblichen Einbußen in den beruflichen Entwicklungs- und Karrierechancen bestraft werden. Zwar ist das Phänomen niedriger Geburtenraten nicht zuletzt eine „Errungenschaft“ des Wohlstands und der kollektiven sozialen Sicherungssysteme (die jetzt paradoxerweise dadurch gefährdet sind) und damit ein Phänomen aller entwickelten Wohlfahrtsstaaten. Dennoch ist aus dem EU-Vergleich hinreichend bekannt, dass die Geburtenraten vor allem dort höher liegen (Frankreich, Schweden...), wo – u.a. durch eine vernünftige Infrastruktur zur Kinderbetreuung – die Möglichkeiten für Frauen, Beruf und Familie zu vereinbaren, besser sind als in Deutschland.

Die bekannten Defizite in Deutschland in diesem Bereich bestehen weiter, trotz einiger

positiver Ansätze im Bereich der Kinderbetreuung. Wie unsere eigenen aktuellen Erhebungen verdeutlichen, kommt allerdings neben der staatlichen Sozialpolitik auch den Betrieben eine zunehmend wichtige Rolle zu, und zwar vor allem durch eine flexible Arbeitszeitgestaltung. Familien sind keineswegs gegen flexible Arbeitszeiten eingestellt, sondern diese wird sogar bewusst für familiäre Arrangements genutzt. Dies setzt aber voraus, dass die Zeiten planbar und von Seiten der Beschäftigten mit beeinflussbar sind. Eine wichtige Aufgabe besteht daher darin, Betriebe davon zu überzeugen, dass sie hier eine gesellschaftliche Aufgabe haben, aber auch selbst langfristig durch Fluktuation entstehende Kosten einsparen können (s. die aktuelle Prognos-Studie).

#### d) Work-Life-Balance II: Erwerbsarbeit und Pflege

Aber nicht nur aus der Verbindung von Erwerbsarbeit mit „Care“ für Kinder ergeben sich Probleme, die heute immer noch überwiegend die Frauen zu bewältigen haben. Angesichts des demographischen Wandels werden wir uns in Zukunft immer stärker mit der Kombination von Erwerbsarbeit und Pflege beschäftigen müssen. Heute bedürfen in 11 Deutschland rund 1,8 Millionen älterer Menschen der Pflege. Im Jahr 2050 werden es aufgrund der demographischen Entwicklung, geht man von konstanten Pflegebedürftigenquoten aus, rund 3,4 Millionen Menschen sein – das entspricht einer Steigerung um 80% gegenüber heute (Blinkert/Klie 2001). Finanzielle Probleme für die Pflegeversicherung sind abzusehen. Zudem ist in der Pflegeversicherung der „Vorrang familiärer Pflege“ festgeschrieben und wird zunehmend auch betont. Angesichts dieser Umstände wird der politische Trend zukünftig, vermutlich unterstützt durch eine entsprechende Umgestaltung der Leistungen der Pflegeversicherung, dahin gehen, die Bereitschaft zur familiären Pflege (wieder) zu verstärken.

Dies birgt zweifellos die Gefahr von Mehrbelastungen und weiteren beruflichen Problemen von Frauen, die zukünftig in dem Alter, in dem besonders häufig gepflegt wird (ab 40) vermehrt berufstätig sein dürften. Schon heute haben 14% der Hauptpflegepersonen im erwerbsfähigen Alter ihre Erwerbstätigkeit aufgrund der Pflege eingeschränkt und 16% sogar ganz aufgegeben (Schneekloth/ Müller 1999) – zumeist Frauen, wie vielfach dokumentiert wurde. In Deutschland fehlt es bis heute (im Unterschied zu mehreren anderen europäischen Ländern) an einer allgemeinen Freistellungsregelung für die Betreuung

pflegebedürftiger oder schwer erkrankter erwachsener Angehöriger. Was mindestens ebenso bedeutsam ist: es fehlt an einer „Kultur“ der betrieblichen Berücksichtigung entsprechender Fürsorgepflichten von Mitarbeiter/innen. Politische Ansätze, Männer verstärkt zur Übernahme entsprechender Pflegeaufgaben zu motivieren (und sei es durch eine Imagekampagne, wie sie für die „neuen Väter“ aufgelegt wurde), sind im übrigen bislang nicht zu erkennen. Auch hier gibt es einiges zu tun.

#### 5. Schlussfolgerungen: Strategische Konsequenzen für die Frauenpolitik

Wie deutlich wurde, bietet der demographische Wandel zumindest für gut qualifizierte Frauen im Rahmen der längerfristigen Arbeitsmarktentlastung gewisse Chancen, ihre Arbeitsmarktintegration zu verbessern und über den Lebensverlauf zu stabilisieren. Hier werden sich die Unterschiede zwischen den Geschlechtern eher reduzieren, während die Kluft zwischen gut qualifizierten und berufsorientierten, oft kinderlosen Frauen und solchen mit niedriger Qualifikation und stärkerer Orientierung auf Kinder- und Familienarbeit weiter zunehmen dürfte. Eine allgemeine Gefahr für die Retraditionalisierung der Geschlechterrollen dürfte aus dem erneut wachsenden Bedarf an familiärer Altenpflege resultieren, wenn es weiter nicht gelingt, die geschlechtsspezifische Zuschreibung von Care-Arbeit stärker aufzubrechen. Im Sinne einer geschlechtergerechten und nachhaltigen Gestaltung der Arbeitswelt im demographischen Wandel wird es zukünftig darauf ankommen, lebenszyklisch unterschiedliche Zeitbedürfnisse und –präferenzen in lebensbiographischer Dimension zu berücksichtigen. Es gilt, den Lebenserwerbsverlauf, der sich (vor allem beim Männern) immer mehr auf die mittleren Lebensjahre konzentriert hat, zu „dekomprimieren“. Was wir benötigen, ist eine „demographische Arbeitszeit“. Allerdings nicht im Sinne der von Hartz vorgeschlagenen sukzessiven Abnahme des Arbeitszeitvolumens über das Erwerbsleben (dies folgt einer sehr „männlichen“ Sicht auf den Erwerbsverlauf), sondern im Sinne von lebensphasenspezifischen Arbeitszeitoptionen, die Zeit- und ggf. auch Geldoptionen für die „rush hour of life“ (oder die diversen „rush hours“) bieten. So wäre z.B. an verbesserte und finanziell unterstützte Arbeitszeit-Reduktionsmöglichkeiten für Kindererziehende und Pflegenden zu denken.

Dies würde faktisch vor allem Frauen zugute kommen – im Unterschied zur kollektiven Förderung der Altersteilzeit, von der vor allem

Männer profitieren und bei der faktisch (aufgrund des Trends zur Verblockung) die Potenziale für eine demographische Arbeitszeitgestaltung bisher verschenkt werden. Auch gegenüber der aus der Geschlechter- und Verteilungsperspektive hoch problematischen „Förderung“ durch das Ehegattensplitting wären die angesprochenen Formen der temporären Förderung sach- und „geschlechtergerechter“. Wie wir im Rahmen empirischer Auswertungen des SOEP für ein für das Landesarbeitsministerium durchgeführtes Projekt festgestellt haben, zeigen sich viele für (West-)deutschland typische Strukturen und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in NRW wie in einem Brennglas. So waren in NRW die Diskrepanzen zwischen den Arbeitsmarktchancen und der Weiterbildung von Hoch- und Niedrig-qualifizierten besonders ausgeprägt, und im Vergleich der Arbeitsverhältnisse sowie der Erwerbsbiographien von Frauen und Männern zeigte sich das Fortbestehen geschlechtsspezifischer Differenzen noch hartnäckiger als im westdeutschen Durchschnitt. Es bleibt also viel zu tun für die Frauen – auch in NRW.

## Gesamtinhaltsverzeichnis

### dieses Themenschwerpunktes

#### Grundlagen

Was bedeutet eigentlich "Demographie"?  
Fremdwörter - und Begriffserklärungen

*Zusammenstellung: Bettina Ellerbrock, Kuratorium Deutsche Altershilfe*

Der Demographische Wandel - Warum Deutschland immer "älter" wird

*Bettina Ellerbrock, Kuratorium Deutsche Altershilfe*

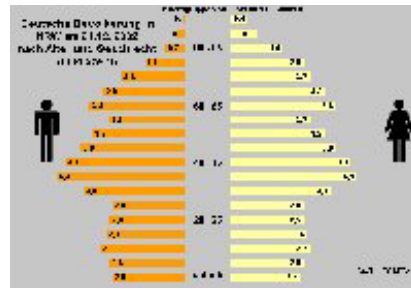
Die NRW - Bevölkerungsprognose - Eine Herausforderung für soziale Arbeit mit Älteren

*Bettina Ellerbrock, Kuratorium Deutsche Altershilfe, Landesamt für Statistik NRW*

Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ -  
"Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik"

*Neben den demographischen Grunddaten werden folgende Themen und Problemstellungen behandelt: Generationenverhältnis, Arbeit und Wirtschaft, Migration und Integration, Alterssicherung, Gesundheit, Pflege und Soziale Dienste*

#### Hintergrund



Grafik: LDS NRW

#### Allgemein

Der Demographische Wandel

*Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, Universität Heidelberg*

Nationaler Aktionsplan für Deutschland

*BAGSO, Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA), Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Kuratorium Deutsche Altershilfe*

Fünf Fragen zur Gestaltung des demographischen Wandels an Dr. Uta Renn, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW e. V.

Demographischer Wandel und Erwerbsarbeit  
Das Arbeitspotential älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Betrieb

*Prof. Dr. G. Naegele, Dr. F. Frerichs, Forschungsgesellschaft für Gerontologie Universität Dortmund*

Demographischer Wandel und Erwerbsarbeit im Alter

*Prof. Dr. G. Naegele, Forschungsgesellschaft für Gerontologie Universität Dortmund*

#### Gender

Nichts bleibt wie es ist?

Der Demographische Wandel und die Frauen

*Dr. Ute Klammer, Hans-Böckler-Stiftung*

Siehe auch unter Materialien: "Gender Mainstreaming und Demographischer Wandel"

#### Neue Medien

Online-Workshop - Wie finde ich statistische Daten für meine Stadt im Internet?

*Daniel Hoffmann, Kuratorium Deutsche Altershilfe*

## Linktipps

Ausgewählte Links zu Instituten und weiteren Informationsquellen

## Literatur

Veröffentlichungen des Kuratorium Deutsche Altershilfe

Literaturtipps allgemein "Demographischer Wandel"

Veröffentlichungen und Vorträge der Forschungsgesellschaft für Gerontologie

*Zusammenstellung: Bettina Ellerbrock, Kuratorium Deutsche Altershilfe*

## Materialien und Downloads

„Statistik lokal 2003“.  
Neue CD mit einer Statistik-Datenbank für alle 13 000 Gemeinden, Städte und Kreise Deutschlands. LDS-NRW

Datenbanken, Artikel, Aufsätze zum Beispiel:

Aktion Demographischer Wandel - Bertelsmann Stiftung

Der 2. Weltaltenplan

Jahresbericht 2004 Landesamt für Statistik (LDS)

Demographische Entwicklung - Kein Anlass zur Dramatik, G. Bosbach

Zukunftsreport Demographischer Wandel, demotrans

Gender Mainstreaming und Demographischer Wandel, Sozialforschungsstelle Dortmund

## Impressum

Forum Seniorenarbeit  
c/o Kuratorium Deutsche Altershilfe

An der Pauluskirche 3

50677 Köln

tel: 0221 / 931847-0

fax: 0221 / 931847-6

E-Mail: [info@forum-seniorenarbeit.de](mailto:info@forum-seniorenarbeit.de)

Forum Seniorenarbeit ist ein Projekt des



Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW

im Verbund mit dem



Kuratorium Deutsche Altershilfe

Bearbeitung: Nadine David